

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1916

98 (27.4.1916)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in d. Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postkasseler monatl. 76 P., halbjährl. 2,25 M., durch unsere Träger 85 P. bezw. 2,55 M., durch den Postbot. 89 P. bezw. 2,67 M., durch d. Feldpost 90 P. bezw. 2,60 M.; voranzahlbar.

Anzeige: Werbung mittags. Geschäftszeit: 7-1 u. 2-1/2 Uhr abends. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die Spalt. Kolonelleile od. deren Raum 20 P. Platzanzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/2 9 Uhr vorm., für größ. Aufträge nachm. zuvor. — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Sed & Cie., Karlsruhe.

Die „Arbeitsgemeinschaft“ am Scheidewege.

In einem Artikel „Keine Bewilligungsrat“, abgedruckt im „Vorwärts“ vom Karfreitag, verurteilt Genosse Ed. Bernstein die Kritik zu entkräften, die ich an seiner Haltung im Haushaltsausschuß des Reichstags geübt habe.

Bernstein hat, wie bekannt, den sozialdemokratischen Vorschlag zugunsten der Erbschaftsteuer nicht unterstügt, er hat sich die endgültige Abstimmung seiner Fraktion vorbehalten und ist bei der Abstimmung in der Kommission gemeinsam mit den bürgerlichen Parteimitgliedern sitzen geblieben. Dieses Verhalten des Genossen Bernstein muß um so seltsamer wirken, als er jetzt selbst von der Vorgeschichte des von ihm im Stütz gelassenen Antrages folgendes zu berichten weiß:

„Die Reichsregierung hat für den Ausgleich des Reichshaushalts für das Geschäftsjahr 1916/17 eine Mehreinnahme von 480 Millionen Mark als benötigt erklärt und beantragt, zu deren Deckung eine Reihe von indirekten Steuern zu bewilligen. Es verstand sich von selbst, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten diese Steuern verwarfen und beantragten, den Zuschlag im Reichshaushalt durch direkte, Besteuerung und Einkommen treffende Steuern zu decken. Darüber ist denn auch kein Augenblick unter den Abgeordneten Meinungsverschiedenheit entstanden. Verschiedener Meinung konnte man schon darüber sein, ob es Aufgabe der Sozialdemokratie sei, dem Reichstag fertige Steuervorlagen als Geschenk zu unterbreiten. Indes wurden hiergegen nur vereinzelte Stimmen laut. Noch vor der Fraktionspaltung ausgehandelte Gegenstände, die eine höhere Kriegsgewinnsteuer, eine Erhöhung der Erbschaftsteuer und erneute Erhebung eines Wehrbeitrages forderten, wurden von der ungeteilten Fraktion fast einstimmig grundsätzlich gutgeheißen.“

Wo, in der Fraktion — vor der Spaltung! — war man ganz einig darüber, daß man die von der Regierung verlangten indirekten Steuern durch direkte ersetzen müsse, der Erbschaftsteuerantrag wurde fast einstimmig gutgeheißen, und dann hat sich Genosse Bernstein doch nicht dazu entschließen können, den in der Fraktion von ihm mit beschlossenen Antrag in der Kommission zu unterstützen!

Warum folgte dem gemeinsamen Entschlusse kein gemeinsames Handeln?

Bernstein meint jetzt, daß bei Bewilligung der Erbschaftsteuer ein höherer Gesamtertrag der neuen Steuern hätte herauskommen können, als der von der Regierung verlangte. Es sei aber, nicht die Aufgabe der sozialdemokratischen Abgeordneten, der Regierung neue Steuern weit über den erklärten Bedarf hinaus gewissermaßen zu apportieren. Diese Angst vor zu hohen Steuererträgen ist ganz unverständlich. Nach dem Kriege wird sich das Reich nicht 480 Millionen, sondern schätzungsweise mindestens drei Milliarden jährliche Neueinnahmen verschaffen müssen. Wenn also die reichen Erben jetzt schon ein paar Hundert Millionen zahlen müßten, so würde deswegen wahrhaftig noch kein Ueberfluß in der Reichskasse entstehen, die die Regierung übermäßig machen könnte.

Außerdem geht aus der Darstellung Bernsteins selbst hervor, daß es der erklärte Zweck der sozialdemokratischen Fraktion ist, die Erbschaftsteuer durchzubringen, um andere schlechtere Steuern dadurch zu Fall zu bringen. Bernsteins Angst vor Ueberflüssen wird dadurch noch un begründeter.

Bernstein aber neigt neuerdings der Ansicht zu, daß man der Regierung einen Gefallen tut, wenn man eine Steuer beschließt. Diese Ansicht ist — man verzeihe den Ausdruck — geradezu närrisch.

Wenn ich der Regierung eine Steuer kaputt mache, die sie durchaus haben möchte und wenn ich ihr dafür eine Steuer aufzwinge, die sie nicht haben will — tue ich der Regierung damit einen Gefallen? Sätte Herr Helfferich etwa gejubelt, wenn die Erbschaftsteuer angenommen worden wäre? Im Gegenteil, die Annahme wäre für ihn äußerst fatal geworden. Wenn bei der fraglichen Abstimmung jemand der Regierung zu Gefallen gehandelt hat, dann war es nicht die Vertretung der sozialdemokratischen Fraktion, sondern der Genosse Bernstein!

Herr Helfferich will seine schlechten Steuervorlagen möglichst unverändert durchbringen. Wenn sich die Sozialdemokratie nun auf den „prinzipiellen“ Standpunkt stellte, zu sagen: „Dir — Herr Helfferich — bewillige ich überhaupt keine Steuern“, was wäre die Folge? Herr Helfferich würde dies papierne Mißtrauensvotum in die eine Tasche stecken und die von den bürgerlichen Parteien bewilligten indirekten Steuern in die andere.

Wie kommt Genosse Bernstein dazu, mit einer so unsinnigen Taktik zu spielen, für die sich nach seinem Zeugnis im Schoße der alten noch ungespaltenen Fraktion kaum eine Stimme gerührt hätte? Er sagt es uns leider nicht selbst. Wir erfahren es aber aus dem bekannten Flugblatt der alleräußersten Opposition „Die Lehre vom 24. März“. Dort werden Bernstein und seine engeren Freunde als schwankende Schwächlinge hingestellt, die Genossen und Genossinnen werden dort aufgefordert, dieser zaghaften Minderheit der Achten den Rücken zu steifen und sie vorwärts zu treiben, damit sie „in Zukunft alle Kriegskredite ohne Rücksicht auf die militärische Situation unter sozialistischer

Begründung ablehnen und der Regierung des Belagerungszustandes und des Weltkrieges jegliche wie immer geartete Steuer verweigern.“

Man sieht, wohin sich die „zaghafte Minderheit der Achten“ „vordrängen“ läßt und von wem sie sich vorwärts treiben läßt. Solange sie in der Fraktion waren, haben die Achten ein, daß es das Spiel der besitzenden Klassen spielen hieß, wenn man einem radikal klingenden Schlagwort zuliebe auf jede praktische Klassenvertretung des Proletariats in der Frage der staatlichen Lastenverteilung verzichtete. Seit dem 24. März beginnt aber auch diese Einsicht zu schwinden. Man läßt sich von Leuten treiben, deren einstündiger Zweck es ist, Fraktion und „Arbeitsgemeinschaft“ immer mehr gegeneinander zu hegen, jedes Zusammenarbeiten unmöglich zu machen und dadurch die Spaltung der Gesamtfraktion vorzubereiten.

Nachdem die Scheidung zwischen Fraktion und „Arbeitsgemeinschaft“ vollzogen ist, handelt es sich noch darum, ob beide in gewissem Abstand von einander doch nebeneinander wirken sollen, um sich später einmal wieder ganz zu vereinen, oder ob der Spalt immer größer und größer werden soll, bis darüber auch die ganze Partei in Trümmer fliegt.

Die „Arbeitsgemeinschaft“ steht am Scheidewege: Entweder sie muß eine sachliche Politik im Interesse der Arbeiterklasse treiben, und dann wird sie in 99 von 100 Fragen — wenn man die Frage der Kriegskredite als strittig nimmt — mit der sozialdemokratischen Fraktion übereinstimmen. Oder sie wird unter dem Diktat der Parteiführer eine Besessenspolitik treiben, die grundsätzlich gegen die sozialdemokratische Fraktion gerichtet ist, und — gewollt oder nicht — zur schwersten Schädigung der proletarischen Klasseninteressen führen muß. Die Steuerfrage ist nur die Probe aufs Exempel.

Die Fraktion wird auf diesem Gebiete der Arbeitsgemeinschaft keine Zugeständnisse machen können. Gerade wer in der Regierung die Vertretung der besitzenden Klassen sieht, und wer meint, daß der Krieg im Interesse der Besitzenden geführt wird, müßte doch am allerentschiedensten eine Politik billigen, die darauf ausgeht, die finanziellen Kriegslasten so weit als irgend möglich den Besitzenden aufzuerlegen. Aber den „Alleräußersten“ ist mit Vernunftgründen nicht mehr beizukommen. Soffentlich erweist sich die „Arbeitsgemeinschaft“ solchen Gründen noch nicht als ganz unzugänglich! Friedrich Stampfer.

Genosse Stampfer hat zweifellos recht, wenn er die Taktik Bernsteins gegenüber dem Antrag der sozialdemokratischen Fraktion in Sachen der Erbschaftsteuer als unsinnig bezeichnet. Diese Taktik führt in ihren Konsequenzen gerademwegs zu dem von den Spaltungselementen eingenommenen Standpunkt der prinzipiellen Verneinung des heutigen Staates und aller Staatsnotwendigkeiten. Die „Politik des 24. März“ hat weder Sinn noch Zweck, wenn man ihre Konsequenzen nicht akzeptieren will. Insofern ist die Stellung der Gruppe um Haase eine absolut unhaltbare. Sie entbehrt jeder Logik und politischen Vernunft. Allein es hat ebenjenseitig Sinn und Zweck, vor den Konsequenzen der „Politik des 4. August“ die Augen zu verschließen. Die Sozialdemokratie kommt aus dem Dilemma, in welchem sie sich augenblicklich befindet, nicht heraus, wenn man immer nur die Einzelprobleme diskutiert. Heute ist es die Frage der Kriegskreditbewilligung, morgen die Steuerfrage, übermorgen die Frage des Zolls und Handels, der Militär- u. z. c. Politik, die zu tatsächlichen Differenzen führt. Alle diese tatsächlichen Differenzen über die verschiedenen Fragen haben aber eine gemeinsame Ursache, stehen im engsten kausalen Zusammenhang miteinander. Letzten Endes handelt es sich also bei der Krise der Sozialdemokratie nicht um die Stellung zu dieser oder jener Frage der praktischen Politik, sondern um die künftige sozialdemokratische Politik überhaupt, darum, ob — wie Genosse Dr. Frank in einem Brief an den Gen. Südekum geschrieben hat — die durch den Krieg abgerissenen Fäden der sozialdemokratischen Politik nach dem Kriege da wieder aufgenommen werden können, wo sie am Abend des 3. August 1914 liegen geblieben sind. Mit andern Worten: Nicht nur die „Politik des 24. März“, sondern auch die „des 4. August“ hat ihre Konsequenzen. Die Wehrheit käme in dieselbe unhaltbare Situation, in der sich heute die Gruppe um Haase befindet, wenn sie vor den Konsequenzen der Politik des 4. August die Augen verschließen wollte. Der nächste sozialdemokratische Parteitag hat nicht nur darüber zu beschließen, ob die Politik des 4. August gerechtfertigt war, sondern vor allem darüber, ob sie fortgesetzt werden soll. Auf der Grundlage der Dresdener, Lübecker u. c. Resolutionen kann sie aber unmöglich fortgesetzt werden. Man höre deshalb endlich damit auf, nur auf die Konsequenzen der Politik und Taktik derer um Haase hinzuweisen. Damit wird das innere Problem der Sozialdemokratie seiner Lösung um keinen Schritt näher gebracht. Wenn man die Ueberzeugung gewonnen hat, daß es

eine die Arbeiterinteressen schädigende sinnlose Taktik ist, den heutigen Staat und die Staatsnotwendigkeiten prinzipiell zu verneinen, dann muß man auch den Mut haben, die politischen und tatsächlichen Konsequenzen dieser Ueberzeugung zu ziehen, d. h. also den alten Gegensatz zwischen Theorie und Praxis, aus dem alle Konflikte hervorgegangen sind, aus der Welt zu schaffen. Wie sollen denn die Massen darüber entscheiden können, ob die Politik des 4. August gerechtfertigt war oder nicht, wenn man ihnen die wirklichen Ursachen des Konflikts verschweigt und so tut, als ob es sich nur um die Frage der Bewilligung der Kriegskredite handle. Angenommen, der nächste Parteitag würde sich damit begnügen, die Politik des 4. August gutzuheißen, ohne gleichzeitig die Ursachen zu beseitigen, die den Konflikt darüber erzeugt haben. In welche Situation kämen die parlamentarischen Vertretungen bei der nächsten Etatsabstimmung? Die Sozialdemokratie kann doch künftig dem heutigen Staat nicht mehr die Mittel zur Fortsetzung seiner Existenz prinzipiell verweigern, nachdem sie ihm 40 Milliarden zur Erhaltung seiner Existenz bewilligt hat. Darüber kann es doch unter politisch vernünftig denkenden Menschen keine Meinungsverschiedenheit geben. Bleiben aber die Resolutionen von Dresden, Lübeck, Nürnberg und Magdeburg in Kraft, dann muß die Sozialdemokratie künftig ebenso wie in der Vergangenheit prinzipiell den Etat ablehnen. Wir befinden uns also wieder glücklich in der alten Sackgasse und könnten mit den Debatten über die Taktik von vorne anfangen. Derweilen wir uns darüber herumstritten, würden unsere Gegner die deutsche Politik so orientieren, wie sie für gut und zweckmäßig halten. Die Sozialdemokratie und die deutsche Arbeiterklasse aber hätten das Nachsehen, d. h. sie hätten die in Jahrzehnten vielleicht nicht wiederkehrende politische Schicksalsstunde des deutschen Volkes verpaßt und das nur, weil man nicht den Mut hatte, das Problem, um welches in der Sozialdemokratie gerungen wird, an der Wurzel zu fassen. Die „Politik des 4. August“ kann nur gerechtfertigt werden, wenn man sich dazu entschließt, die prinzipiellen Hindernisse zu beseitigen, die ihrer Fortsetzung heute noch im Wege stehen. Nicht nur die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft, die Sozialdemokratie überhaupt steht am Scheidewege.

Warum denn diese Taktik nicht zugeben wollen, wo doch alle Welt sie mit den Händen greifen kann? W. K.

Eine Antwort an Wilson.

In der „Frankfurter Volksstimme“ idreißt „Ein deutscher Bürger“ folgenden Offenen Brief an den Präsidenten der amerikanischen Republik:

Herr Präsident!
Ihre Note an die Regierung des Deutschen Reichs hat mir, wie Millionen Menschen in diesem Lande, ein Oftern qualender Unruhe bereitet.
Denn, um es gerade herauszusagen, die Art Ihres Eintreffens wird mit Sicherheit die Verlängerung des ungeheuren Nordens bewirken, das große Teile der Erde heimjucht. Ja, das ist gewiss, weil der eine streitende Teil unter allen Umständen, mag Deutschland der Forderung, die Sie stellen, Genüge tun oder sie ablehnen, in der Zuversicht bestärkt wird, Deutschland zu Boden werfen zu können.

Daß noch mehr Hunderttausende fallen, das wird die praktische Wirkung sein jener stolzen Verklärung der Gebote der Menschlichkeit, die Ihre Note enthält.

Herr Präsident, sechsmal haben Sie in Ihrer Note die Gebote der Menschlichkeit angerufen, haben Beachtung der unbestrittenen Rechte der Neutralen verlangt und der heiligen Vorrechte der Menschlichkeit.

Welch eine stolze Höhe, von der herab Sie im Namen der Menschheit und der Menschlichkeit reden!

Aber, Herr Präsident, haben Sie wohl bedacht, daß im Namen der Menschlichkeit nur reden darf, wer selbst ihren Geboten Genüge leistet? Ich will nicht davon sprechen, daß in dem Reichreich, das Sie zum Staatsoberhaupt gewählt hat, noch Jahr um Jahr Säuren Kinder moralisch und physisch zugrunde gehen, weil ein Oberstes Gericht, das sich schließend vor den Kapitalprofit stellt, „im Namen der Freiheit“ sein Veto gegen die industriellen Schutzzölle erhebt. Ich will schweigen von dem Massenmord in Gruben u. d. auf Eisenbahnen der Vereinigten Staaten, der erwischtverurteilt geschickt, und meist straflos geschickt, weil die Gewinnlust der Eigentümer an Schutzmaßnahmen spart. Nicht berweilen will ich bei den schrecklichen Schiffahrtskatastrophen Amerikas: immer wieder versinkt ein überlasteter Ausflugsdampfer und Hunderte, ja Tausende kommen dabei um. Ich will auch kein Wejens machen von der wiesigen Verfolgung, der im Machtbereich der Vereinigten Staaten immer wieder Farbige ausgefetzt sind. Davon soll hier keine Rede sein, denn dabei handelt es sich ja um „innere Angelegenheiten“ Ihres Landes. Auch von der Lieferung von Waffen und Munition, die bestimmt auch „Nichtkombattanten“ getötet haben (in Belgien, in Nordfrankreich, vielleicht auch durch Fliegerbomben Kinder und Frauen in Deutschland), soll hier kein Aufgehens gemacht werden.

ette 6.
er, Waldstr
April ab
Mand
land.
Alpen.
am Isonzo.
Schauspiel
ogsfürsorge
1439
ruhe
pflicht
die noch
Geschäfts-
Empfang
1437
fertefel
bad verzinkte
fel
abl., 1175
empfiecht
rlsruhe
168.
aufnahme.
ustspiel
en
1433
ilungen.
arz.
133.
bei Euren
e Inferenten
stfreund“.
rlsruhe.
des Tapesiers
er, 64 J. alt.
Alfons Spiegel,
alt, 8. Franz
wer, 75 J. alt.
e Medt, 78 J.
eine Weidenrin,
überlin. Gen.
Albert Nichten.
h
e!
Wir bitten, deutlich zu schreiben.
Wohnung:
Name:

mit etwas vollbringen, was ihm jetzt und in der Zukunft mehr wert ist, als die Zerstörung von 1000 feindlichen Schiffen.

Eine Aktion der Deutsch-Amerikaner.

Amsterdam, 26. April. (WZB. Nicht amtlich.) Das neuterische Bureau verbreitet folgende Meldung aus Washington: In dem ungestümen Wunsch, den Kongress zu beeinflussen, überschweben deutsche Agenten den Senat mit Telegrammen, die gegen ein Vorgehen Einspruch erheben, das zum Kriege führen könnte.

Deutsch-französische Abmachungen.

Die bestetzten Gebiete Frankreichs waren bis jetzt von dem Verkehr mit dem übrigen Frankreich völlig abgeschnitten. Wie das französische Ministerium des Innern jetzt bekannt gibt, führten die Verhandlungen mit Deutschland zur Ermöglichung einer Korrespondenz mit den Bewohnern der bestetzten Gebiete dazu, daß durch Vermittlung des Ministeriums auf vorgebrachten Karten alle zwei Monate an nahe an Angehörige bloße Privatmeldungen in beschränktem Umfang geleistet werden dürfen.

Englische Geheimfischung von achtstündiger Dauer.

London, 25. April. (WZB. Nicht amtlich.) Unterhaus. Die geheime Sitzung ist nach acht Stunden abgebrochen worden. Das Haus hat sich auf morgen vertagt.

London, 26. April. (WZB.) Meldung des neuterischen Bureaus. Das Pressebureau teilt mit: In der geheimen Sitzung des Unterhauses gab Asquith Einzelheiten über die Seerechtsvermehrung und die militärische Tätigkeit des britischen Reiches einsehlich der Kolonien und Indien ab. Er gab sodann eine Lebericht über die Unterredung der Regierung über die Rekrutierungsfrage, die Forderungen der Arbeiter und die Bedürfnisse der Handelsflotte, der Häfen, der Munitionsindustrie und der anderen unentbehrlichen Industrien. Er verbreitete sich ferner über die Kostendeckung der Rekrutierung und der Subvention an die Militierten und sagte, die Rekrutierung habe seit August nicht mehr ausgereicht, um die Armee gehörig zu entwickeln. Die Regierung habe daher erstens beschlossen, den Dienst der Mannschaften, deren Dienstzeit abgelaufen ist, bis zum Ende des Krieges zu verlängern, zweitens die Territorialtruppen mit den Regimenter, die sie brauchen, zu vereinigen, drittens die befreiten Mannschaften wieder dienstpflichtig zu machen, sobald ihre Befreiungszertifikate abgelaufen ist.

Feiner schlägt die Regierung vor, junge Leute, die am 8. August nicht 18 Jahre alt sind, dienstpflichtig zu machen, sobald sie das 18. Jahr erreicht haben. Zugleich schlägt die Regierung vor: erstens sofort Maßregeln zu ergreifen, um durch freiwillige Anwerbung von nichteingeschriebenen Unberufenen die notwendigen Mannschaften zu erhalten. Zweitens fordert die Regierung die Ermächtigung, sofort zu Zwangsmassregeln überzugehen, wenn am 27. Mai nicht 50 000 von diesen angeworben sind. Drittens: dasselbe soll stattfinden, wenn in irgend einer Woche nach dem 27. Mai weniger als 15 000 eingeschrieben werden. Viertens: die Maßregeln unter 1 und 2 sollen eingeführt werden, bis 200 000 Mann von nicht eingeschriebenen erreicht sind.

An der Debatte nahmen 16 Abgeordnete teil. Das Haus wurde vertagt. Am 26. April findet wieder eine geheime Sitzung statt.

Ein Franzose über die Lage Frankreichs.

In seinem Buche La perite (Verlag Wyl in Bern) schildert Jof. Bertoreux die Lage Frankreichs folgendermaßen:

„Welches ist heute die wirkliche Lage? Der Blutverlust, den der französische Volkskörper bisher im Kriege erlitten hat, droht zur völligen Erschöpfung der Rasse zu führen, um so mehr, als die Geburtenhäufigkeit in Frankreich ohnehin schon gering ist und trotz aller Be-

kämpfung auch der Alkoholismus nicht verschwinden will. Nach dem Krieg werden mindestens 75 Prozent aller Männer im Alter zwischen 20 und 35 Jahren ausgeschieden sein, und die Schwierigkeiten, eine Familie zu gründen und zu erhalten, werden ins Ungemessene steigen. Die reinen Geldausgaben des Staates für den Krieg haben schon am 31. Dezember 1915 die Summe von 28 Milliarden und 195 Millionen erreicht, und wenn diese Ausgaben im gleichen Maßstab weiterwachsen, dann steuert Frankreich auch den finanziellen Ruin entgegen. Beim Friedensschluß wird darum Frankreich innerhalb des Vierverbandes weit aus am ungünstigsten dastehen. Auslands Volkskraft ist nicht so leicht zu erschöpfen; Italien wird sich, jeher unumwandelbaren Politik treu bleibend, sicher auf die Seite des Stärkeren schlagen, und England wird auf lange hinaus die Konkurrenz Frankreichs los sein, nachdem ihm dieses zuvor geholfen hat, die deutsche Konkurrenz unschädlich zu machen. Was aber das Schlimmste ist: England wird sich, von Calais bis Cherbourg, dauernd an der französischen Kanalküste festhalten, die schon seit Jahrhunderten das Ziel seiner Wünsche ist: eine Formel dafür wird es so sicher finden wie bei Ägypten, das es auch nur vorübergehend zu besetzen vorgab. Bei diesen Aussichten wäre die Fortsetzung des Krieges für Frankreich buchstäblich Selbstmord; die unersöhnliche Formel „Zusammen halt“, heißt nichts anderes als: bis zur Erschöpfung der Manneskraft der französischen Rasse, bis die männliche Bevölkerung des Landes nur mehr aus Kindern oder Greisen besteht. Am Ende des Krieges befände sich Europa in einem derartigen Zustand allgemeiner Erschöpfung, daß der Sieg bloß mehr ein scheinbarer wäre, da die Sieger ebenso vernichtet wären wie die Besiegten — außer England. Frankreich, mein vielgeliebtes, gefährdetes Vaterland, schicht du nicht den offenen Abgrund vor dir? Dein trotziger Siegeswille ist edel und groß, aber hast du zuvor erwogen, was du sein wirst, wenn du, siegreich zwar, aber blutleer und in Trümmern liegend, die Vassallenshaft Englands auf dich nehmen mußt, das sich in seiner ganzen unerschöpflichen und noch fast unberührten Kraft bei dir festgesetzt hat?

Bertoreux warnt dann das französische Volk, sich durch die „Miefengefährde des moskowitzischen Kolosses“ nicht hypnotisieren zu lassen und erinnert an den furchtbaren Zusammenbruch der Russen auf dem regellosen Niedergang aus den Karpaten. Der eigentliche Grund, weshalb Frankreich nicht Frieden schließen könne, sei der Londoner Vertrag, dieses „Meisterwerk britischer Diplomatie“. England verdiene am Krieg die meisten Früchte, Frankreich erschöpfe sich. Auf 1000 Franzosen fielen immer nur 100 Engländer. Hier spricht Bertoreux offen das aus, was viele Kreise in Frankreich tatsächlich denken. Vor kurzem fiel erit aus dem Munde eines französischen Abgeordneten das Wort: „Die Engländer kämpfen bis zum letzten Franzosen.“

Bertoreux legt sich mit ganzer Kraft für den sofortigen Friedensschluß Frankreichs mit Deutschland ein.

Deutsche Politik.

Die Linke im Kriegsteuergesetz.

Der Steuer sollen nach den Beschlüssen der ersten Lesung auch die im Veranlagungszeitraum angeschafften Gegenstände aus edlen Metall, Perlen, Edelsteinen usw. unterliegen, wenn der Wert eines oder mehrerer zusammengehöriger Gegenstände mindestens 500 Mark beträgt. Kustizrat Feig weist nun im „Berliner Lokalanzeiger“ darauf hin, daß nunmehr die meisten Gegenstände nicht mehr als 499 Mk. kosten werden. Damit umgeht man die Steuer. Diese Annahme hat unbedingt viel für sich. Der Verfasser des Artikels schlägt deshalb vor, zu sagen:

„Dem Vermögen sind diejenigen Beträge zuzurechnen, die im Veranlagungszeitraum zum Erwerb von Möbeln, Teppichen und Hausatut aller Art, zum Erwerb von Gegenständen aus edlem Metall, von Edelsteinen oder Perlen, von Antiquitäten, Kunst- und Schmuckgegenständen und Sammlungen aufbewahrt werden, sofern die im Veranlagungszeitraum aufgewendete Gesamtsumme nicht mehr beträgt als 15 Prozent des jährlichen Durchschnittseinkommens des Steuerpflichtigen in den Jahren 1914 bis 1916.“

Von Salonik nach Verdun.

Gr. Hauptquartier, April 1916.

Morgengrauen in Gemehli. Ueber Maidandag, wo die französischen Batterien stehen, röteten sich die Gipfel der griechischen Berge. Auf dem zerstückelten Minaret der Stadt hoch ein schmutziger Marabu. Langsam redet er sich und schlägt mit den Flügeln. Die Nachtpatrouille reitet in den Hof. Zwei hagere Ulanen. Sie kommen von der Grenze. „Nichts Neues?“ — „Nein, Herr Rittmeister.“ — „Sind die Griechen noch in D?“ — „Jawohl, Herr Rittmeister.“ — Die Ulanen sind abgesprungen und ziehen ihre Pferde in den Stall. Der erste Strahl der Morgenröte fällt auf ihre nächtlich müden grauen Gestalten.

Abchied vom Balkan. So nahe vor Salonik, daß wir die Schiffe im Golf und fast den Rauch der Kamin sehen. Abschied von Griechenland. Zwei große Delfiede schwimmen auf dem Doiran-See — zwei Flugzeuge liegen auf seinem Grunde. Abschied von den fahlen Bergen, den Maulbeerbäumen, den Sammelherden, den bunten Bäuerinnen Mazedoniens. Abschied von den Moscheen und Minarets, den Bazaren und Türkenkindern, die so oft zum Spaz ihren roten Fetz unter unsere Autoräder waren. Abschied auch von unieren Balkanoldaten. Der heiße Sommer kommt. Die fahlen Berge brennen aus. Sie werden ihre harte Pflicht tun — in der stillen Schlacht des Stellungskrieges — und am Tage, wo der blutige Tanz der Geschütze und Kompagnien gegen die Linien von Rußus anhebt.

Demir-Capu. Auf einem offenen Güterwagen liegend rollen wir durch das „Eiserne Tor“ Mazedoniens, wo die Berge das Bardatal zu schauerlicher Enge zusammenge-drängt haben. Wir wollen an Krivoloc vorüber, einem un-scheinbaren braunen Dorfe abseits der Straße, aber blutigen Angedenkens für die Franzosen. Vollbeladene Züge kommen, stehen oder gehen — Bulgariische und belgische, ungarische und bayerische Wagen friedlich hintereinander gestupft. Ohne mehr als ein Duzend Vokabeln zu wissen unterhalten sich unsere Soldaten mit den braunen Söhnen der Marica jun-

denlang — in der natürlichen Sprache der Gesten, der Sinne, des Herzens.

In Welles erreicht uns das große Gepäd — all das, was sich in einem halben Balkankriegsjahr bei einem angesammelt — Schafpelze, Feldbetten, Kochgeschirr, gefüllte Zeltbahnen — alles sauber, entlaus und entsandt. Vieles werden wir in Frankreich nicht nötig haben. Aber wann kehren wir hierher zurück? Da liegt die Stadt mit den steilen Gassen zum letzten Male vor uns. Als wir kamen, war Winter. Jetzt brennt tropische Sonne — auf unserem Handrücken sammeln sich Schweißperlen — die Soldaten laufen im Drillanzug — das Bardarwasser wird leicht — alle Hüme blühen. Oben vom weißlichen Stadthügel grüßt ein kleiner deutscher Soldatenfriedhof.

Zimmer nordwärts zieht der Zug uns über Ueskib hinaus — rauf in den Sattel von Branje, an Kumanovo und Pradejana vorbei. Im Morgengrauen leuchtet die neue helle Bahstraße, die deutsch-bulgarischer Fleiß hier gebaut. Niemand denkt mehr an die unagbaren Schwierigkeiten und Gefahren unter denen unsere Salonikarmee hier einst in Kälte und Regen — man findet keinen anderen Ausdruck — durchgeschleust worden ist.

Nun beginnt das eigentliche Serbien. Der Kessel von Ruß taucht auf, die Morawa-Brüden bei Stalatsch und Cuzrija. Noch einmal wird an diesen Bergen und Pörfen der Vormarsch des vergangenen Herbstes lebendig. Uniere stürmisch drängenden Heeresmäulen, die den Gegner vor sich hertrieben, uniere unermüdlichen Kolonnen, die über Schmutz, Schlamm und steile Fhade unvergessliche Siege erfochten. Aber auch das Gend der darbenenden Flüchtlinge, der verunglückten Gefangenen, die ganze serbische Tragödie wird lebendig. Nun zieht der Frühling über die Schumadija hin. Tausend weiße Pflanzenbäume blühen. Auf den Ruinen wächst frisches Grün. Und durch die verlassenem Schützengraben schneidet der Pflug von fleißigen Frauenhänden gesteuert.

Welch ein Märchen war der Balkanzug vor drei Monaten. Heute rasseln wir über die Belgrader Eisenbahnbrücke, als wären wir in Rältn oder an der Elbe. Belgrad atmet wieder. Die Schiffe steigen, und ihre Räder werfen das gelbe Donau-

Anschaffungen von Möbeln und Hausatut bei Begründung eines Haushalts bleiben unberchnet.“

Ob man damit die Drückeberger besser fassen kann, ist im Moment nicht zu übersehen. Jedenfalls aber steht fest, daß das Steuerwesen in der zweiten Lesung gründlich umgearbeitet werden muß. Bei dieser Gelegenheit wird dann auch besonders darauf Bedacht zu nehmen sein, die vorhandenen Lücken zu beseitigen. Das ist gerade bei diesem Gesetz um so notwendiger, als es sich um einmalige Abgaben handelt. Was jetzt nicht erfahrt wird, ist für den Steuerfädel verloren.

Zigaretten-, Zucker- u. a. Monopole?

Die „Tägliche Rundschau“ glaubt zu wissen, daß das Zigarettenmonopol in der Tat geplant ist. Es war schon vor dem Kriege beabsichtigt und durch den Krieg ist die Verwirklichung des Planes nur gefördert worden. Die erleitenden Schritte dazu sind bereits getan. Was den Zucker anlangt, so haben schon vor geraumer Zeit, sogar noch vor Ausbruch des Krieges, Erwägungen darüber geschwebt, wie aus dem Zucker höhere Einnahmen für die Reichskasse zu erzielen seien. Diese Erwägungen sind noch nicht abgeschlossen und irgendwelche endgültige Beschlüsse sind in dieser Beziehung noch nicht gefaßt. Zigaretten und Zucker werden aber nur die kleineren Monopole darstellen; die größeren Monopole, die außerdem geplant sind, werden sich auf die Verwertung der Kräfte beziehen, die von allgemeiner Bedeutung sind.

Abg. v. Bayer gegen die preussischen Konservativen.

In der „Frankf. Ztg.“ erörtert der fortschrittliche Reichstagsabgeordnete v. Bayer die Frage, wie sich die Beziehungen zwischen Reich und Einzelstaaten nach dem Kriege gestalten werden. An diese Betrachtungen knüpft er folgende Sätze an:

„Gut wäre es, wenn man in Berlin dafür sorgte, daß der Glaube nicht aufkommen kann, man billige die Ausführungen der konservativen Wanderröner, die sich gebärden als ob es eine Amtsaufgabe der preussischen Verwaltungsorgane wäre, Anordnungen des Bundesrats über unsere Nahrungsmittelfürsorge nicht auszuführen. Es ist ohnedies in den kleineren Bundesstaaten seit langem das Gefühl, als ob bei Durchführung der Anordnungen der Reichsverwaltung in diesen Staaten sorgfältiger und gewissenhafter verfahren werde, als in Preußen, und manche Wahrnehmungen erwecken sie und da das unbedingte Gefühl, daß man der Dummheit gewesene sei, der Schwere und Unangenehmes pflichtgetreu auf sich nehme, wo andere nicht daran denken, sich weh zu tun. Es wäre zu wünschen, daß diese Befürchtungen durch die Tat widerlegt würden.“

Die Fleischmarke im Herzogtum Sachsen-Altenburg.

In Konsequenz der für Thüringen errichteten Viehhandels-gesellschaft ist für das Herzogtum Sachsen-Altenburg durch Ministerialverordnung der Fleischverbrauch geregelt. Danach darf Fleisch an Verbraucher nur gegen Marken abgegeben werden. Die Verkäufer haben durch Ablieferung der Marken in den vom Kommunalverband anzufordern Zeitabschnitten nachzuweisen, daß das Fleisch nur gegen Marken abgegeben ist. Auch die Abgabe von Fleisch auf dem Wochenmarkt unterliegt dem Markenzwang. Die Kommunalverbände haben für die Ein- und Ausfuhr von Fleisch eine Anzeigepflicht einzuführen. Die Fleischmarken werden einheitlich für acht Wochen mit auf diese Zeit beschränkter Gültigkeit auszugeben. Am 29. April ist der Warenbestand nach Geschäfts-schluß aufzunehmen, am 1. Mai tritt die Fleischkarte in Kraft.

Aus der Partei.

Stimmungen eines Heimgekehrten.

Genosse N. Schiller, Redakteur der „Schlesischen Bergwacht“, ist nach einjährigem Leben im Felde heimgekehrt und gibt in einem Artikel seinem tiefsten Schmerz und seinem heißen Jörn darüber Ausdruck, in welchem bellagenswerten Zustande er die Partei wiederfindet, der er seine Lebensarbeit widmete. Eingehend weist er das Animmie der Minier- und Zerstörungsbauarbeit der Viehkreuz-Nüßle-Haare nach. Er kommt zu folgendem Schluß: „Das einzig „revolutionäre“, was diese Wirklichkeitsfremden Phantasten geleistet haben, ist das hinterlistige Attentat auf die Ein-

masser in hohen Wellen hinter sich. An den Mauern klebt ein frisches Plakat: allen Internierten ist die Rückkehr in die Heimat gestattet worden. Serbien soll nicht mehr ein Land von Frauen, Kindern und Greisen sein.

Und nun sind wir in Europa. Der fetts Boden der ungarischen Baczka dehnt sich links und rechts der Bahn ins Endlose. Im weinberühmten Karlowitz legen die Neben an. Peterwardein und Maria Theresiopel hüpfen grüßend vorüber. Schneller und schneller reißt uns die Nacht nordwärts. Abschied vom Balkan. Abschied von Ungarland. Der Nebel der Welt liegt wieder im Westen.

II.

Heute morgen gegen 3 Uhr passierte der Nachzug hinter Mey die alte Grenze. Die bleichen Silhouetten der Hausruinen von Audun de Roman starrten ins Fenster der abgedunkelten Abteile. Man kann nicht schlafen. 30 Kilometer seitwärts liegt Douaumont. Man horcht. Mitten auf der Strecke ein kleiner Anzenthalt. Es regnet. Man hört ein heiteres Grollen, ein Knurren, ein abgeriffenes meitenferntes Orgeln. Das ist Verdun. Im ganzen serbischen Krieg war solche Musik nicht zu hören.

Wieder in Frankreich. Ueber der Maas liegt weißer Nebel. Die Ardennen werden grün. Ein Motorfahrer rauf durch den Morgen. (Wenn unsere Soldaten diese Straßen auf dem Balkan gehabt hätten!) Frühling auch hier — der zweite französische Kriegsfriühling. Die Wiesen werden bunt. Kirichen und Pfarrhuse blühen. Soldaten mit Feder am Helm. Auf den Gräbern in Belgien wächst zum zweiten Male junges Gras.

Im alten Quartier — alles wie früher. Nur hinter meinem Hause die Schuttweide ist reicher geworden durch den Winter. Mehr Frauen und Kinder als sonst wäuhlen suchend in den Abfällen der Stadt. Sonst alles wie früher. Die Züge rattern über die Brücke. Der Steinbruch liegt tot da. In der Maas sanken die halbverfunkenen Köhne weiter. Ich fragte die Wächterin nach Verdun. Die Leute sind gleich-eiltiger geworden. „Wann kommt der Friede?“ fragte die Wächterin.



Gefallene Badener. Den Heldentod fürs Vaterland starben:

UD. Kurt Reichert von Mannheim. Wilhelm Umminger von Oberlauda. Gren. Kontrolleur Gottlieb Kohl von Forzheim. Vizelfw. d. R. Lehrer Leopold Gieringer von Lautenbach. St. d. R. Willi Klär. Inhaber des Eisernen Kreuzes, von Freiburg. Erstarb Adolf Hafner von Gallingen. Erstarb Rudolf Herrmann von Triberg. Musik. Herrn. Rudolf Brugger von Titisee. Gefr. Oskar Baldischwieler, Jub. d. Eij. Sr., von Albert. Erstarb. Hafner Wilhelm Gempke, Jub. d. Eij. Kreuzes, von Adelszell. Gefr. Josef Roth von Moos. Landwehrmann Thomas Feischer von Bollmatingen. Sanitätsgefr. Maler Johannes Knaus von Konstanz.

Aus der Stadt.

Karlruhe, 27. April.

Eigenproduktion der Städte.

Von sozialdemokratischer Seite ist schon häufig darauf hingewiesen worden, welche Bedeutung die Lebensmittelerzeugung durch die Städte auch in sozialer Beziehung hat. Nur die Lebensmittelerzeugung, sondern auch die Eigenproduktion wurde deshalb bei verschiedenen Gelegenheiten angeregt. Ein lehrreiches Beispiel für den Erfolg dieser Kommunalpolitik liefert uns die Stadt Ulm a. d. D., die ungefähr 56 000 Einwohner zählt. Diese berichtet jetzt über die Erfahrungen, die sie gerade während der Kriegszeit gemacht hat.

Auf dem Gebiete der Schweinezucht ist die Stadt insofern selbst produzierend tätig, als sie der Genossenschaft für rationelle Schweinezucht angehört, von der sie jährlich 2000 bis 3000 Schweine bezieht. Auf diese Weise war es der Stadt möglich, das Schweinefleisch an Kriegsfamilien zu dem verhältnismäßig billigen Preise von 1 Mk. das Pfund abzugeben. Ferner läßt die Stadt Kinder und Ochsen bester Rasse mästen. Sie zahlt dafür den Marktpreis der Gewichtsdifferenz zwischen An- und Ablieferung und konnte so das Fleisch zu 1,05 Mk. das Pfund verkaufen. Auch der Kartoffelproduktion hat sich die Stadt zugewandt. Der Ertrag dieser Kartoffelwirtschaft beträgt rund 8000 Zentner, eine Summe, die es der Stadt ermöglicht, ihren Kartoffelbedarf selbst zu decken. Dabei betragen die ganzen Kosten 16 000 Mk. Wenn die Stadt also den Zentner mit 3 Mk. verkaufen würde, so würde der Stadt noch ein Gewinn von 8000 Mk. verbleiben.

Dieses Ergebnis wird auch hier mit Interesse verfolgt werden, da man auch hier mit der Eigenproduktion in bescheidenen Maße begonnen hat. Am obigen Falle handelt es sich doch immer erst noch um einen Versuch und trotzdem sind die angeführten niedrigen Preise geradezu bestechend und zeigen uns den Wert einer rationellen Eigenwirtschaft der Städte in hellem Lichte. Jedoch wird man in den städtischen Körperkassen trotz dieser glänzenden Beispiele auf Widerstand stoßen, der so lange währt, bis das Volk Männer als seine Vertreter entsendet, die unbeeinträchtigt von Sonderinteressen nur das Gemeinwohl im Auge haben.

Fleischversorgung. In einer gestern hier abgehaltenen Wirterversammlung wurde von dem Verbandsvorsitzenden Herr mitgeteilt, daß nach den Feststellungen des Ministeriums des Innern in Baden für den Bedarf der Zivilbevölkerung, der Zimmobilen Truppen, der Kavallerie und der Kriegsgefangenen in der Zeit vom 1. April bis 31. Juni 1916 geschlachtet werden dürfen: 18 140 Rinder, 21 785 Kühe, 59 427 Schweine und 127 Schafe. Weiter sind in dieser Zeit 11 400 Stück Schweine zu Schlachtungen zugelassen. Das für diese Schlachtungen nötige Vieh wird im Land größtenteils aufgebracht bis auf 172 Kühe, die aus Hohenzollern geliefert werden und 3 425 Schweinen, die aus Baden, Württemberg und Bayern zu liefern sind. Weiter hat Baden im 2. Vierteljahr 1916 14 441 Rinder für den Bedarf des Feldheeres zu liefern und 657 Schafe an Elsaß-Lothringen abzugeben. Die Zivilbevölkerung Badens darf somit im laufenden Vierteljahr nur die Hälfte der gewerblichen Schlachtungen verbrauchen gegenüber dem Durchschnitt im gleichen Vierteljahr der letzten 5 Jahre. Im Allgemeinen erklärte sich die Wirterversammlung mit der Einführung der Fleischkarten einverstanden. Man veranlaßt allerdings nicht, daß sie für das Wirtsgewerbe erhebliche Schwierigkeiten im Gefolge habe. Die Vorstandschaft des Vereins habe eine Anzahl Abänderungswünsche zu der Verordnung dem Ministerium vorgebracht.

Deutscher Frauenbund. Man schreibt uns: Die Sammlung für den Frauenbund ist im Gange und schon hört man da und dort, daß erfreuliche Ergebnisse erzielt werden. Wer wollte sich zurückziehen, wenn es sich um den Dank handelt, den wir unseren tapferen Kämpfern schulden. Es wird sich auch niemand der Einsicht verschließen, wie wichtig und notwendig die Sammlung ist. Wir alle hoffen, daß nach dem Kriege ein neues, starkes Deutschland entsteht. Ungeheure Opfer sind gebracht, riesengroße Aufgaben stehen uns bevor. Auf jeden einzelnen kommt es an. Die Aufgabe, die Kinder unserer Gefallenen und Kriegsunfähigen zu erziehen, ist eine heilige Pflicht für uns alle. Für uns leiden und sterben Tausende, wir in der Heimat haben zu sorgen, daß deren Kinder erzogen werden und zu würdigen Gliedern unseres Volkes heranwachsen können. Deutschland wird auch nach dem Kriege alle seine Kräfte brauchen. Aber wir wollen nicht für verloren Kinder sorgen. Gar manche alte Eltern haben Erb und Stütze verloren. Auch ihre Sorge und Not wollen wir lindern. Die gesammelten Gaben werden mit großer Sorgfalt verteilt werden. Was in Baden gesammelt wird, soll Badenern zugute kommen. Laßt uns reichlich geben, soweit ein jeder vermögt!

Die Ukraine, Deutschlands Bräute zum Morgenlande, war das Thema, über das gestern abend im Museumssaal Herr Dr. Falk aus Schupp-München im Auftrag des Verbandes deutscher Förderer der ukrainischen Freiheitsbestrebungen „Ukraine“ Berlin sprach. In der Kürze liegt die Würze, diese Worte scheint der Redner sich als Richtschnur erwählt zu haben. Wohlwundersacht, kurze, aber inhaltreiche Sätze waren es, die uns reichlich erkennen ließen, was Dr. Falk uns vor Augen führte. „Ukraine“ nennt sich das im Westen an Deutschland und Oesterreich-Ungarn im Süden an das Schwarze Meer grenzende, unter russischer Herrschaft stehende Gebiet, dessen Bewohner schon seit Jahrhunderten beständig darnach streben, sich von der moskowitischen Gewalt Herrschaft

zu befreien, die nur durch ihre Selbstbewußtsein und ihre Heimatliebe, ihren Glauben (sie neigen zur römisch-katholischen Kirche) und ihre alten Traditionen bis zum heutigen Tage beibehalten konnten. Die Bevölkerung unterscheidet sich von den Russen durch kräftigen, großen Körperbau. Das Land selbst ist reich an Getreide, Vieh, Kohlen, Eisenerzen, Salz, Petroleum und Quecksilber. Der Redner erzählte von den Freiheitskämpfen dieses Volkes, mochte uns mit den Sitten und Gebräuchen desselben bekannt und wies darauf hin, was ein freies, selbständiges „Ukraine“ für unser Vaterland für eine Bedeutung hätte. In Hand von wohlgeleitungen Lichtbildern machte der Redner mit Landschaften, Dörfern, Städten und Volkstypen bekannt. — Der Vortrag hätte etwas besser beleuchtet sein dürfen.

Uebertriebene Entrüstung. Im „Erlanger Courrier“ lesen wir folgendes „Eingekandt“: „Deutsche Würdelosigkeit. Einmüßiger kann gestern mit an einem Spielplatz in der Nähe des Karlsruher Wasserwerkes vorbei. Gefangene Franzosen spielten dort unter vielem Gesäch und mit dem höchsten Bewußtsein, sich beobachtet zu wissen, Fußball: eine große Schar von Knaben stand außen herum und schaute zu.“

Wir müßten gestehen, daß wir in dem Falle von einer besonderen „Würdelosigkeit“ nichts zu entdecken vermögen. Man soll sich doch mit derartigen Entrüstungen nicht lächerlich machen. Ueberall wo Fußball gespielt wird, bleiben Leute stehen, um zuzuschauen. Sollen sie lediglich deshalb nicht zuzuschauen, weil die Spieler Kriegsgefangene sind, die mit harmlosem Spiel den Sonntag herumzubringen suchen? Wenn keine anderen Würdelosigkeiten gegenüber Kriegsgefangenen, insbesondere von Seiten des weiblichen Geschlechts, vorkommen würden, wäre es zu sein.

Die Zinsfestscheine für die 5% Schuldverschreibungen des Deutschen Reichs von 1915 (3. Kriegsanleihe) können vom 1. Mai ab, bis ab in die endgültigen Stücke mit Zinsfestscheinen umgetauscht werden. (Siehe Anzeigenteil.)

Stiftung. Herr Kommerzienrat Dr. Koepfner erhöhte in den letzten Tagen eine von ihm früher gestiftete Summe von 20 000 Mk. auf 50 000 Mk. Die Erträge dieser Summe sollen zur Unterstützung nothleidender Beamter und Arbeiter der Brauerei Koepfner verwendet werden.

Zur Regelung des Seifenverbrauchs erläßt das Bürgermeisteramt im Angeleitete dieses Blattes eine neue Verordnung, auf welche wir auch an dieser Stelle hinweisen.

Neues vom Tage.

Eine aus Un glaubliche grenzende Samsterei

zeigte sich nach einer Hausdurchsuchung bei einem gewissen S. in Gerstein i. E. Man fand in seiner Wohnung nicht weniger als 18 Zentner Schokolade und 2 Zentner Seife, die sofort auf das Bürgermeisterei gebracht wurden. Bei dem Bruder des S. im nahen Nordhausen fand man 54 Kisten Seife. In Uttenheim waren in einem Hause einige Tische aufgestellt. Wie man hört, sollen sich noch andere solcher „Samsterei“ in der Umgebung befinden.

Der deutsch-amerikanische Konflikt.

Die Beratungen im Hauptquartier.

Berlin, 26. April. Zur Beurteilung der durch die amerikanische Note geschaffenen Situation haben die letzten 24 Stunden neues Material nicht beigebracht. Denn was aus Amerika über das Auftreten Bryans als Friedensfreund und über Kundgebungen von Deutsch-Amerikanern berichtet wird, ist nach dem Urteil genauer Kenner des Landes nicht so wichtig, daß es Besorgnisse an der Ueberzeugung ändern könnte, daß der größte Teil des amerikanischen Volkes zurzeit hinter der Politik des Präsidenten Wilson steht. Die nächsten Mitteilungen von wirtschaftlicher Bedeutung sind jetzt aus unserem Hauptquartier zu erwarten. Dort wird der Reichskanzler heute Abend eingetroffen sein, und wird, wenn nicht gleich, so doch morgen dem Kaiser Vortrag halten, und so kann man vielleicht im Laufe des morgigen Tages schon darüber etwas hören, ob das Ergebnis der dort gepflogenen Beratungen Wege zur Vermeidung eines Konflikts zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten eröffnet. In welcher Weise darüber etwas bekannt gegeben wird, oder ob das erst geschieht, wenn eine Antwort auf Wilsons Note festgestellt und übergeben worden ist, muß man abwarten. (Zeff. 31g.)

Neuerk, 24. April. (Zuspruch von Vertretern des WTB.) Der Internationale Nachrichtendienst berichtet aus Washington: Auf Ersuchen des amerikanischen Roten Kreuzes hat das Staatsdepartement durch Kabeltelegramme bei der britischen Regierung darauf gedrungen, daß für Lazarettbedürfnisse aus Amerika die Einfuhr nach den Mittelmeermächten freigegeben wird. Man sagt, die amerikanische Regierung beabsichtigte, diese Sache scharf zu betreiben. — Eine Washingtoner Devische der „Newport Sun“ besagt: Die Streitfrage mit Deutschland wegen der Verletzung des Völkerrichts ist derart, daß die amerikanische Klage gegen England nicht betrieben werden darf, bis eine Verständigung mit Deutschland erreicht worden ist. Wenn die deutschen Unterboote zur Anspornung an die Forderungen des Völkerrichts gebracht sein werden, dann wird das Staatsdepartement Freiheit haben, mit seiner Klage gegen England vorzugehen.

Letzte Nachrichten.

Deutsche Tauchboot-Erfolge.

Berlin, 26. April. (WTB. Amtlich.) Am 25. April ist das englische U-Boot „E. 22“ in der südlichen Nordsee durch unsere Streikräfte versenkt worden. Zwei Mann gerettet und gefangen.

Ein U-Boot erzielte am selben Tage und in derselben Gegend an einer englischen Kreuzer der „Arcthuja“-Klasse einen Torpedotreffer.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Ein französischer Offizier als Mörder.

Berlin, 26. April. (WTB.) Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht die eichigen Auslagen von fünf Kranenträgern eines im Westen stehenden Jägerbataillons, durch die unumstößlich festgelegt wird, daß ein französischer Offizier deutsche Sanitätsmannschaften durch Bedrohung mit dem Revolver zum Verrat ihrer eigenen Kameraden zu verleiten suchte, und da ihm dies nicht gelang, die Kranenträger mörderisch

niederschloß. Der Sanitätsgefreite Hellingner wurde dabei durch einen Kopfschuß getötet. Die deutschen Sanitätsoldaten waren vollkommen unbewaffnet und machten den französischen Offizier ausdrücklich auf ihre roten Kreuzabzeichen und ihre Eigenschaft als Sanitätsoldaten aufmerksam.

Das neue chinesische Ministerium.

WTB. Berlin, 26. April. (Nicht amtlich.) Die chinesische Gesandtschaft teilt mit, daß sich laut einem aus Peking eingetroffenen Telegramm das neue chinesische Kabinett folgendermaßen zusammensetzt: Durch Erlass vom 22. ds. Mts. nahm Yuan Shikai das Amt des Staatssekretärs an und ernannte Yuan Shijui zum Ministerpräsidenten, der zugleich mit dem Portefeuille des Kriegsministers betraut wurde. Außerdem wurde durch einen Erlass vom folgenden Tage Lu Chengshiang (wie bisher) zum Minister des Äußeren, Wouyutiang zum Minister des Innern, Sunpaochi zum Finanzminister, Liu Kuangshung (wie bisher) zum Marineminister, Tsang Hua-shung (wie bisher) zum Justizminister, Chang-iuofan zum Unterrichtsminister, Kingpangping zum Ackerbauminister, Tjaoyouhing (wie bisher) zum Unterstaatssekretär des Äußeren, Verkehrsminister Chahyiting zum Stellvertreter des Unterstaatssekretär des Äußeren ernannt.

Die Beisetzung des Generalfeldmarschalls von der Goltz Pascha.

Berlin, 26. April. Wie die „Vossische Zeitung“ erfährt, ist beabsichtigt, von der Goltz Pascha vorläufig in Therapia im Garten der deutschen Botschaft beizusetzen, wo auch der Militärattache Major v. Leipzig ruht. Nach dem Kriege werden die Gebeine des Marschalls in die deutsche Heimat übergeführt.

Neue Gewaltakte der Entente gegen Griechenland.

Köln, 26. April. Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Athen: Der Bierverband beunruhigt sich nicht mehr mit der Beislagnahme der Postsendungen der Bierbündnisse, sondern greift sich auch an der griechischen Inlandspost. Das französische Kriegsschiff „Bruit“ beschlagnahmte auf drei griechischen Dampfern gegen 150 Postfäcke, darunter Korrespondenz der Behörden und der griechischen Truppenkommandos mit der Zentrale.

Die englische Arbeiterpartei für den Frieden.

London, 25. April. Die unabhängige Arbeiterpartei hielt in New Castle ihre Jahresversammlung ab. Der Abgeordnete Jewett sagte: Die Partei würde, wenn sie könnte, den Krieg noch heute durch Verhandlungen ein Ende machen. Die Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, die u. a. besagt, daß der ausführende Ausschuss mit allen Mitteln eine energische Campaigne für Beendigung des Krieges durch Friedensverhandlungen betreiben solle. Der Abgeordnete Snowdon sagte: Die letzte Rede des Reichskanzlers hätte gezeigt, daß heute nichts zwischen Deutschland und England hände, was das Opfer weiterer Menschenleben wert wäre.

Zu den Unruhen in Irland.

London, 26. April. Berichte in englischen Blättern melden, daß am Sonntag abend ein Eisenbahn-Aktenat auf die Eisenbahn bei Maryborough (in Irland) verübt worden ist. Eine Telegraphenstange war quer über die Schienen gelegt worden, und auf den Eisenbahnbeamten, der diese Telegraphenstange wegräumen wollte, wurde geschossen. Es wurde Polizei auf diese Stelle hingeschickt. Der Zug entgleiste aber dennoch, weil die Schienen zum Teil weggebrochen waren. Personen wurden nicht verletzt. (Zeff. 31g.)

Proklamierung des Kriegsrechts in Irland.

London, 26. April. Im Unterhaus wurde eine Reihe von Anfragen betreffend die Lage in Irland an die Regierung gerichtet. Asquith verlas ein Telegramm des Königs, das die Lage als befriedigend bezeichnet. Weiter teilte Asquith mit, daß in Stadt und Grafschaft Dublin das Kriegsrecht verhängt und drastische Maßnahmen ergriffen seien, um die Bewegung zu unterdrücken und die Verhaftung aller Beteiligten zu sichern. Die Nachricht, daß das Schloß des Biskops von den Aufständischen genommen sei, sei unwahr. — Das Unterhaus nahm darauf wieder die geheime Sitzung an.

Der türkische Bericht.

Bier englische Schwadronen vernichtet.

Konstantinovel, 26. April. (WTB.) In dem erst heute eingetroffenen amtlichen Bericht vom 12. April heißt es: In der Nacht zum 12. April erbeuteten wir da neben von uns vorher getroffenen Maßnahmen ein feindliches Schiff, das von Felahie in der Richtung auf Antef-Amara fuhr. Der Kapitän und ein Teil der Besatzung wurden getötet oder verwundet. Wir entdeckten an Bord des Dampfers eine große Menge Proviant und Kriegsmaterial, sowie einige Maschinengewehre.

Unsere gegen den Suezkanal vorgehenden Kräfte vernichteten hier von ihnen angetroffene Schwadronen des Feindes vollständig. Wir machten einige Gefangene und erbeuteten große Mengen Kriegsmaterial, Proviant und Munition. Unsere Verluste in diesem Gesicht waren ganz unbedeutend.

Briefkasten der Redaktion.

Korrekturen. Nur die mit Freifahrt beurlaubten Mannschaften haben Anspruch auf das Verpflegungsgeld von 1,50 Mk.

Verantwortlich für Politik, Krieg und Letzte Post: Hermann Korb; für den übrigen Inhalt: Hermann Korb; für die Illustrationen: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Lusenstraße 24.

Vereinsanzeiger.

Offenburg. (Sozialdem. Verein.) Am Samstag, 29. April, abends 1/2 9 Uhr, im „Fähringer Hof“ Generalversammlung. 1. Geschäfts- und Kassenbericht, Bericht über die Ausgaben an unsere Mitglieder im Felde und deren Hinterbliebenen. 2. Neuwahl der Verwaltung. 3. Fortsetzung der Diskussion vom letzten Vereinsabend. Bittfällige und vollständige Erscheinen der Genossinnen und Genossen wird erwartet. 1468

Werbt fortwährend neue Abonnenten!

Bekanntmachung.

Die Zwischenscheine für die 5% Schuldverschreibungen des Deutschen Reichs von 1915 (III. Kriegsanleihe) können vom
1. Mai d. J. ab

in die endgültigen Stücke mit Zinsscheinen umgetauscht werden.
 Der Umtausch findet bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“, Berlin W 8, Behrenstraße 22 statt. Außerdem übernehmen sämtliche Reichsbankanstalten mit Kasseneinrichtung bis zum 22. August d. J. die lostrfreie Vermittlung des Umtausches.
 Die Zwischenscheine sind mit Verzeichnissen, in die sie nach den Beträgen und innerhalb dieser nach der Nummernfolge geordnet eingetragen sind, während der Vormittagsdienststunden bei den genannten Stellen eingereicht. Formulare zu den Nummernverzeichnissen sind bei allen Reichsbankanstalten erhältlich.
 Firmen und Kassen haben die von ihnen eingereichten Zwischenscheine in der rechten Ecke oberhalb der Stücknummer mit ihrem Firmenstempel zu versehen.

Berlin, im April 1916.

Reichsbank-Direktorium.
 Savenstein. v. Grimm. 1445



Todes-Anzeige.

Den Heldentod fürs Vaterland starb infolge eines Kopfschusses am 22. April in den frühen Morgenstunden unser lieber guter Gatte, Vater, Bruder, Sohn und Schwiegerohn

Gustav Luz

Gefr. im Res.-Inf.-Regmt. 238, 3. Komp.,
 Inhaber des Eisernen Kreuzes
 im Alter von 24 Jahren.

Berghausen bei Durlach, den 27. April 1916.

In tiefer Trauer:

Frau Elise Luz, geb. Muggnug, nebst Kind,
 Familie Albert Muggnug, Krankenkassendirektor,
 Familie Ludwig Luz, Waldhüter. 1458

Trauerhüte

L. Weingand, Karlsruhe-Mühlburg
 gegenüber der katholischen Kirche. 1447

Bekanntmachung.

Der Staatsanzeiger und das amtliche Verkündigungsblatt veröffentlichen eine Bekanntmachung des Königl. stellvertretenden Generalkommandos des 14. Armee-Korps vom 26. April 1916 betreffend Bestandsaufnahme von Reismaschinen. Auf diese Bekanntmachung, die auch bei dem Großh. Bezirksamt sowie den Bürgermeistern eingelesen werden kann, wird hiermit hingewiesen. 7177
 Karlsruhe, den 25. April 1916. 1447

Großh. Bezirksamt.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 13 der Bundesratsverordnung vom 25. September und 9. November 1915 wird angeordnet, daß sämtliche Handels- und Gewerbetreibenden, welche im Bezirk des Kommunalverbandes Karlsruhe-Stadt Eier in Gewächshäusern haben, die zum Wiederverkauf oder sonstige zu gewerblichen Zwecken bestimmt sind, die vorhandenen Vorräte getrennt nach Mengen, Arten und Eigentümern bis spätestens zum 1. Mai d. J. beim städtischen Nahrungsmittelamt schriftlich anzuzeigen und bis zum gleichen Zeitpunkt über die Verträge Auskunft zu geben haben, kraft deren sie Lieferung von Eiern von Dritten verlangen können. 1452
 Karlsruhe, den 26. April 1916. 1452
 Der Stadtrat.

Bekanntmachung.

Regelung des Seifenverbrauchs betr.
 Nach der Bekanntmachung des Reichsanzeigers vom 19. April d. J. dürfen Seife, Seifenpulver und andere fetthaltige Waschlösungsmittel an Selbstverbraucher nur gegen Vorlegung der für die vierte volle Monatswoche bestimmten Brotkarte abgegeben werden. Für die laufende vierte Woche des Monats April gelten darnach zum Beginn von Seife usw. in hiesiger Stadt die Brotkartehefte, die für die Zeit vom 24. April bis zum 7. Mai ausgegeben worden sind (rote Hefte). Für die vierte volle Woche des Monats Mai gelten die Brotkartehefte, die für die Zeit vom 22. Mai bis 4. Juni ausgegeben werden. Auf die Brotkartehefte, die für die Zeit vom 8. bis 21. Mai gelten, dürfen Seife usw. nicht abgegeben werden. 1453
 Karlsruhe, den 26. April 1916. 1453
 Das Bürgermeisteramt.

Pflanzet Gemüse!!

Eine Aufforderung und Anleitung zum Gemüsebau von G. Thiem,
 Großh. Obstbaulehrer an der Landwirtschaftsschule Augustenberg.
 Ein in der jetzigen Zeit des Kleingemüsebaues sehr empfehlenswertes Verzeichnis. Preis 50 Pfg.
 Nach auswärts 5 Pfg. Porto.

Buchhandlung „Volksfreund“
 Luitzenstraße 24 — Telefon Nr. 128.

Bekanntmachung.

Die Preußisch-Süddeutsche Klassenlotterie betreffend.

Die Ziehung der 5. Klasse der 7. Preußisch-Süddeutschen (283. Königl. Preussischen) Klassenlotterie wird nach planmäßiger Bestimmung vom 6. bis 31. Mai 1916 stattfinden.

Die Lose für diese Klasse sind spätestens bis Dienstag, den 2. Mai d. J., abends 6 Uhr, bei den zuständigen Großh. Bad. Lotterieverwaltern zu erneuern, wo auch Kauflose erhältlich sind.

Karlsruhe, den 25. April 1916. 1446

Großh. Landeshaupthasse
 als Landesbehörde für die staatliche Klassenlotterie.

Städt. Nahrungsmittelamt.

Verkauf von Fischen in der Fischmarkthalle am Donnerstag von 3 1/2 bis 7 Uhr und Freitag von vormittags 8 Uhr ab.

Verkäuf von Fisch verkauft in der Seifenstraße 98/98 am Donnerstag von 3 bis 6 Uhr und in der Georg-Friedrichstraße am Freitag von vormittags 8 Uhr ab. 1448

Nr. 3 des Kriegskarten-Atlas

zeigt den Kriegsschauplatz im Westen. Sie ist wie alle anderen 3 Karten des Atlas reich bebildert, vielfarbig gedruckt und hoch leicht lesbar. Der Atlas enthält:

1. Karte des russischen Kriegsschauplatzes (Nordosten).
2. Karte des russischen Kriegsschauplatzes (Südosten).
3. Karte des französischen Kriegsschauplatzes.
4. Uebersichtskarte von Frankreich und Belgien.
5. Karte der britischen Inseln und des Kanals.
6. Karte von Ober-Italien und Nachbargebiete.
7. Karte von Österreichisch-serbischen Kriegsschauplatz.
8. Karte der europäischen Türkei und Nachbargebiete (Dardanellen-Strasse, Marmara-Meer, Bosporus).
9. Uebersicht der gesamten türkischen Kriegsschauplatze (Kleinasien, Arabien, Persien, Afghanistan).
10. Uebersichtskarte von Europa.

Der Atlas ist dauerhaft gebunden und bequem in der Tasche zu tragen. Das geschlossene Kartenmaterial wird vor allen Dingen unseren Braven

im Felde als passende Liebesgabe

willkommen sein. Preis Mf. 1.50.
 (Nach auswärts 15 Pfennig Porto.)

Buchhandlung „Volksfreund“

Luitzenstraße 24. Telefon 128.

Bergebung von Bauarbeiten.

Zum Neubau der Gasthölz, Bad- und Reinigungsanlagen im Gaswerk II sind Zimmerarbeiten (Dachschalung) Dachdeckerarbeiten (Wiberschwanziengel) Blechenerarbeiten und Verputzarbeiten zu vergeben; ferner die Erd- und Betonarbeiten für die Herstellung einer kleinen Sammelgrube für Teer- und Ammoniakwasser an der Ofenanlage.

Arbeitsbeschreibungen und Angebotsformulare sind während der Geschäftsstunden im Gaswerk II, Zimmer Nr. 5, erhältlich, wo auch die Zeichnungen eingesehen werden können. Ebenda sind auch die Angebote bis Donnerstag den 4. Mai, vormittags 11 Uhr, einzureichen. 1454
 Karlsruhe, den 26. April 1916.
 Direktion der städt. Gas-, Wasser- u. Elektrizitätswerke

Tüchtige Wagner

Kernmacher Jungschmied oder Zuschläger
 finden bei hohem Lohn sofort dauernde Stellung bei 1450
Carl Meß,
 Feuerwehrgereätefabrik
 Karlsruhe i. B.,
 Bauwaldballee 44.

Umzüge m. Möbelwagen und K. Müllerwagen
 Selbstmitbewilligung 1205
K. Müllerwagen Leisingstr. 20
 Telefon 1700.



Residenz-Theater, Waldstr.
 Von Samstag, den 29. April ab
Mit Herz u. Hand fürs Vaterland.

Die schneebedeckten Gipfel der Alpen.
 15 000 Krieger und das Kriegsgebiet am Isonzo.
 Dieses Kolossal-Filmwerk, das größte Schauspiel unserer Zeit, wurde im Auftrage des Kriegskursorge-Amts in Wien hergestellt. 1439

Handelschule der Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe

Sirkel 22.
Abendschulcourse.

- In der städt. Handelsschule, Sirkel 22, beginnen am 2. Mai nachstehende Abendcourse für freiwillige Teilnehmer und Teilnehmerinnen.
1. Fremdsprachen: Französisch und Englisch für Fortgeschrittene. Spanisch für Anfänger und Fortgeschrittene.
 2. Kaufmännisches Rechnen: Prozent-, Zins-, Diskont-, Kontoforrent- und Effektenrechnen.
 3. Buchhaltung: Für Anfänger: Einführung in die amerikanische und deutsch-doppelte Buchführung. Für Fortgeschrittene: Geschäftsverfassungen und Abschlässe. Fabrikbuchhaltung einer Aktiengesellschaft.
 4. Handelsbetriebslehre: Die Grundzüge des Handels-, Wechsel- und Scheckrechts.
 5. Schönschreiben und Rechtschreiben.
 6. Stenographie: System Stöckel-Schrey und Gabelberger. Abteilungen für Anfänger und Fortgeschrittene.
 7. Maschinenschreiben.
- Kursdauer: 2. Mai bis 29. Juli 1916.
 Gebühr: Für einen Kurs mit vier Wochenstunden sind für die Zeit vom 2. Mai bis 29. Juli 10 Mk. bei der Anmeldung oder am 1. Unterrichtsstage zu entrichten. Rückvergütungen werden nicht gewährt.
 Auf Wunsch werden am Schlusse der Kurse über Besuch und Leistungen Zeugnisse erteilt.
 Anmeldungen werden täglich in den üblichen Geschäftsstunden, außerdem am 17., 26. und 27. April abends zwischen 8 und 10 Uhr im Geschäftszimmer der Handelsschule Sirkel 22, entgegengenommen. 1448
 Das Rektorat.

Kurz- und Brennholz-Versteigerung

des Großh. Forstamts Graben in Bruchl, Samstag, den 6. Mai 1916, vormittags 9 Uhr, im Kaiserhof in Karlsruhe:
 a) aus Domänenwald III, Büchenerauerhard, 57 Eichen, 11 Eichen, 2 Kiefern, 2 Fichten, 1 Weide, 1 Pappel, 1 Birke, 1 Kirschenbaum, 41 Ster forstene Reisbrügel; Vorzeiger Forstwart Gehlker in Büchenerau. b) aus Domänenwald II, Kammerforst, Abteilung 10, 13, 17, 19, 22, 25, 26, 27 und 32: 2 Nadelholzbergstangen, 2 Ster eigenes Nadelholz (1,2 m), 20 Ster Buchene, 90 Ster gemischte, 38 Ster forstene Scheiter und Rollen, 4 Ster gemischte, 67 Ster forstene Prügel, 27 Ster gemischte Reisbrügel; Vorzeiger Forstwart Henefa in Reuthard. 1451

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.

- Schulranzen
- Schulmappen
- Markttaschen
- Damentaschen
- Reisetaschen
- Reisetaschen
- Reisetaschen
- Rucksäcke
- Geldbeutel
- Brieftaschen

Rüfer und Rüferbursche,
 in Weinbehandlung und Kellerarbeiten erfahren, sofort bei hohem Lohn gesucht. Fahrgeld wird vergütet. Schriftliche Angebote an Wilh. Schmitz, Scholl, Mühlheim-Ruhr. 1452

Gummi-Sohlen
Gummi-Absätze
 Runde und Ecken
 von 20 Pfg. an
K. Möser,
 32 Marktgrafenstr. 32.

Blusen! Blusen!
 Weiße Blusen Mf. 1.15 an
 Farbige Blusen „ 1.45 „
 Große Auswahl in
 weiß-, schwarz- u. farbigen
 Seiden- u. Schleierstoffblusen
Wilhelmstr. 34, 1 Tr.
 Keine Ladenspeisen. 1457

Chaiselongue, neu, von 1414
 Schützenstraße 25.

Schönes Herrenrad, noch
 sowie ein Damenrad, billig abzugeben. 1457
 Leisingstraße 8 (Laden).